

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

11. Juli 1956

21/J

A n f r a g e

der Abg. H o r n, Ferdinanda F l o s s m a n n, E i b e g g e r,
H i l l e g e i s t, S l a v i k und Genossen,
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Zustellgebühr der Energieanleihe.

-.-.-

Die unterfertigten Abgeordneten entnehmen einer Aussendung, daß die Österreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft von den Ratenzeichnern der Energieanleihe 1953 für die Zusendung der Anleihepapiere 6 S pro Fünftel-Los verlangt. Dieser Betrag erscheint unverhältnismäßig hoch, insbesondere da für die Zusendung mehrerer Fünftel-Stücke das entsprechende Vielfache verlangt wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Ansicht, daß diese Anleihe nicht dazu dienen soll, der Österreichischen Kontrollbank Gewinne zu bringen. Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Manipulationsgebühren und die Kalkulation der Zusendungskosten überprüfen zu lassen und bei ungerechtfertigter Höhe der Zustellgebühr dagegen einzuschreiten?

-.-.-.-.-